

Resolution der Generalversammlung des Verbandes der Kantonspolizei Zürich vom 31.03.2010

Keine neue Sparrunde beim Personal

Die am Montag, 29. März 2010, publizierten Sparvorschläge der Zürcher Regierung haben bei den Mitgliedern des Verbandes der Kantonspolizei Zürich (VKPZ) Entsetzen und Wut verursacht. Nachdem das Staatspersonal schon bei früheren Sparrunden stark gebeutelt worden ist, soll es auch jetzt wieder einen grossen Beitrag zur Verbesserung der Staatsrechnung beitragen. Dies obwohl in den letzten Jahren den Polizistinnen und Polizisten diverse neue Aufgaben (Gewaltschutz-Gesetz, delegierte Einvernahmen usw.) übertragen worden sind.

Obwohl der Regierungsrat bestätigt hat, dass die Löhne des Staatspersonals mehr als 7% hinter der aktuellen Teuerung her hinken will er seinem Personal die Teuerung auch während der kommenden beiden Jahre nicht ausgleichen. Dazu soll das Personal während der gleichen Zeitspanne auf individuelle Lohnerhöhungen und die erst seit 1. Januar 2010 möglichen Einmalzulagen verzichten müssen.

Mit diesem Vorschlag beweist der Regierungsrat eine sehr tiefe Wertschätzung der während 24 Stunden und 365 Tagen erbrachten Leistungen des Personalkörpers.

Die Mitglieder des VKPZ sind nicht bereit diese Lohnkürzungen – welche ausschliesslich der Finanzierung von Steuergeschenken dienen sollen – kampflös hinzunehmen. Es steht fest, dass die Staatskasse während der letzten Jahre wegen Steuerreduktionen und Streichungen auf Einnahmen im Gesamtwert von ca. Fr. 1.3 Mrd. verzichten musste. Dieser Betrag entspricht der Summe, des neuesten Sparpaketes.

Die bürgerlich dominierte Kantonsregierung müsste eigentlich wissen, dass der Verzicht auf eine faire Lohnentwicklung sowie die Verweigerung des Teuerungsausgleichs volkswirtschaftlich gesehen in eine Sackgasse führt. Der Rückgang der Kaufkraft bei den Einkommen führt auch zu weniger Ausgaben und letztlich auch zu einer Verringerung der Steuerkraft für Bund, Kanton und Gemeinde.

Die Regierung des Kantons Zürich wird eindringlich ersucht auch Massnahmen zur Verbesserung der Staatseinnahmen zu prüfen bzw. umzusetzen.

Aus diesen Gründen wird der Sicherheitsdirektor, RR Dr. Hans Hollenstein, von der Generalversammlung des VKPZ eingeladen, sich innerhalb der Regierung mit allen Mitteln für den Rückzug des Steuerpakets und gegen die Umsetzung der vorgeschlagenen Sparmassnahmen zum Nachteil des Staatspersonals einzusetzen.

Der Vorstand des VKPZ wird von der Generalversammlung aufgefordert, sich innerhalb der VPV energisch für eine Demonstration des Staatspersonals zu verwenden, falls die Regierung diese Sparvorhaben bis zur Budgetdebatte nicht fallen gelassen hat. Vom Vorstand wird überdies erwartet, dass er weitere Massnahmen zur Bekämpfung der Sparideen zum Nachteil seiner Mitglieder prüft.